

4. Zwischenbilanz. Politische Sprachen des Konservativen im Vergleich – begriffliche Divergenzen und strukturelle Ähnlichkeiten

In den gut drei Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Zusammenbruch des NS-Regimes wurde in der Bundesrepublik um einiges erbitterter, ausführlicher und energischer über das Konservative gestritten, als dies in Großbritannien, dem Mutterland des modernen Konservatismus, der Fall war. Dies mag paradox anmuten – zumal dann, wenn man mit dem Gros der Forschung davon ausgeht, dass in der Bundesrepublik kein politisch ernstzunehmender, Einfluss besitzender Konservatismus existierte. Das Paradox löst sich auf, wenn die Strukturen und Logiken politischer Sprache in beiden Ländern in den Blick genommen werden. Welches Bild ergibt sich im systematischen deutsch-britischen Vergleich? Welche Zwischenbilanz kann nach der ausführlichen Be trachtung der Begriffsentwicklung in beiden Ländern gezogen werden?

Während in Großbritannien der Konservatismusbegriff als Bezeichnung für eine politische Strömung in der Demokratie etabliert war, wurde er in der Bundesrepublik nach 1945 nur mit großen Zweifeln in den demokratischen Begriffs haushalt aufgenommen. Die bundesrepublikanische Geschichte des Konservatismusbegriffs ist als stetes Ringen mit seinen antiliberalen Bedeutungstraditionen zu verstehen, die sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hatten und die der Begriff, wie wir gesehen haben, trotz aller sprachpolitischen Anstrengungen nicht abstreifen konnte. Von ausschlaggebender Bedeutung für die dem entgegengesetzte begriffliche Stabilität im britischen Vokabular der Demokratie war die Verankerung des Konservatismusbegriffs in der Sprache der Parteipolitik. Die Conservative Party beanspruchte die Deutungshoheit über das Konservative. Ihre Geschichte stellte die Begriffsvorräte bereit, die nötig waren, um seinen semantischen Netzen Konstanz zu verleihen. Die vielschichtigen Begriffsvorräte ermöglichten aber auch Neukodierungen des Begriffs, die als ebenso legitim, weil aus der begrifflichen Tradition schöpfend, dargestellt werden konnten wie die vorherrschenden Varianten. Neue Begriffe erlangten dann Wirkmächtigkeit, wenn sie in die bestehenden semantischen Netze eingepasst wurden. Diese stete Arbeit an den semantischen Netzen des Konservativen prägte die programmati schen Debatten in der Conservative Party. Dabei mussten auch die Grenzen des Konservatismusbegriffs stetig neu vermessen werden. Denn folgerichtig provozierte jede Neugewichtung, Aktualisierung oder Verdrängung von Begriffsbe ständen die Frage, ob das Ergebnis noch *konservativ* sei. Wollte eine programmati sche Alternative reüssieren, musste sie als eindeutig *konservativ* identifizierbar sein. Diese unbedingte Kraft des Konservatismusbegriffs, gegen den sich auch der Begriff *Toryism* nicht behaupten konnte, ist der eigentliche Grund für die scharfe innerparteiliche Lagerbildung mit ihren erbitterten Auseinandersetzung

gen und Grabenkämpfen, die die Conservative Party bis in die Gegenwart begleitet.

Wie tief diese Auseinandersetzungen die Geschichte der Conservative Party besonders seit der Mitte der 1960er Jahre prägten, wurde gezeigt. Die beiden innerparteilichen Lager, die sich bis spätestens Mitte der 1970er Jahre formierten, beriefen sich beide auf die konservative Tradition, und in der Tat operierten sie beide mit den Beständen des Konservatismusbegriffs. Sie konstruierten ihre jeweilige Version des Konservatismusbegriffs dabei nicht allein über den Rekurs auf seine semantischen Bestände, sondern auch entlang seiner spezifischen Strukturprinzipien, nach denen sich seine semantischen Netze ordneten: dem Prinzip der Zeitchlichkeit, dem Prinzip des Ausgleichs und der Synthese, dem Prinzip der Gegen-satzbildung und dem Prinzip der Repetition und Aktualisierung. Das Zusammenspiel von überlieferten Begriffsbeständen und diesen vier Strukturprinzipien charakterisierte die politischen Sprachen des Konservativen.

Während in Großbritannien also der Konservatismusbegriff als Selbstbeschreibungs-begriff einer Partei und einer Strömung politischen Denkens akzeptiert und von innen umkämpft war, gehörte er in der politischen Sprache der Bundesrepublik zu den Begriffen, die als gefährlich galten. Für die junge Demokratie trug er nach 1945 ein Zuviel an antiliberalem und antidemokratischem Gepäck, um für Intellektuelle wie für Parteien attraktiv zu sein. Gänzlich verdammen ließ er sich allerdings nicht aus dem demokratischen Vokabular der Bundesrepublik, dazu war er einerseits in der politischen Sprache zu tief verankert und andererseits zeugte gerade der Blick in die alten Demokratien – vor allem Großbritannien und die Schweiz – von der Möglichkeit und Lebendigkeit konservativen Denkens und Handelns in der Demokratie. Der von den Alliierten erzwungene Blick nach ‚Westen‘ öffnete die Fenster hin zu liberalen Varianten des Konservativen. Die 1950er Jahre waren daher durchzogen von einer tastenden Suche nach dem Konservativen, in der sich antiliberal mit liberalen Beständen mischten. Dass die Alliierten die Grenzen des Sagbaren klar gezogen hatten und diese von der Öffentlichkeit der jungen Republik verteidigt wurden, war dabei entscheidend. Allerdings konnten die rechten, antidemokratischen Potenziale des Konservatismusbegriffs, die sich vor allem mit der Weimarer neuen Rechten verbanden, nicht gänzlich verdrängt werden. Am Ende des Jahrzehnts hatten sich zwei Varianten des Konservatismusbegriffs herausgebildet: eine liberale und eine neurechte Variante. Sie sollten die Debatten in der Bundesrepublik bis heute kennzeichnen.

Für die Unionsparteien gestaltete sich diese semantische Situation schwierig. Ihnen wurde der Begriff genauso zugeschrieben wie er innerparteilich kultiviert wurde. Zugleich aber stieß er in CDU und CSU, in denen sich Politiker ganz unterschiedlicher parteipolitischer und intellektueller Traditionen gesammelt hatten, auf scharfe Ablehnung. Zur Integration dieser Vielfalt dienten die Begriffe *christlich*, *Mitte*, *Volkspartei* und bis in die Mitte der 1960er Jahre mit Einschränkungen *Weltanschauungspartei*. Nicht von ungefähr zählten sie zu den neuen Begriffen im politischen Vokabular des Deutschen. *Konservativ* wurde als Selbstbeschreibungsbegriff zweiter Ordnung verwendet. Die Liberalisierung des Begriffs

im Laufe der 1950er Jahre ließ ihn auch für die Unionsparteien unproblematischer werden; zugleich wirkten sie an seiner Liberalisierung mit. Es war daher kein Zufall, dass sich ein unbefangener Umgang mit dem „stacheligen Wort“¹ gerade dann einstellte, als an der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren in der Union über den Liberalismusbegriff gestritten wurde, der von dem christlich-sozialen Flügel der Partei als inkompatibel mit dem Vokabular von CDU und CSU betrachtet wurde. Im Zuge dessen erfuhr der Konservatismusbegriff, konzentriert auf seine Zeitdimension, eine Aufwertung und wurde in zunehmende Nähe zum Begriff des *Christlichen* gebracht. Die Diffamierung des Konservatismusbegriffs durch Studentenbewegung und Neue Linke, die Begriffsstrategie der sozialliberalen Koalition und die offensive Okkupation des Begriffs durch die Neue Rechte der 1970er Jahre sorgten dafür, dass sich die zustimmende Bezugnahme auf den Begriff für CDU und CSU zu einer immer größeren Herausforderung entwickelte. Die gewichtigen intellektuellen Ansätze zur Profilierung eines Konservatismus aus liberalem Geiste, die auf die Union zielten, hatten angesichts dessen keine Chance.

Allerdings hielt die CSU an ihrem offensiven Kurs der Aneignung des Konservatismusbegriffs in den 1970er Jahren fest. Von Teilen der CDU wurde sie darin unterstützt, was zu heftigen programmatischen Spannungen innerhalb der Union führte. Diese konnten allerdings auch deshalb kanalisiert werden, weil alternative Selbstbeschreibungsbezüge zur Verfügung standen und damit der Stellenwert des Konservatismusbegriffs in keiner Weise mit dem vergleichbar war, der ihm in der Conservative Party zukam. Das Bündel von Selbstbeschreibungsbezügen, mit dem die Union aus semantischer Not hantierte und damit den Vorwurf der Profllosigkeit provozierte, sorgte also dafür, dass innerparteiliche Auseinandersetzungen nicht so bedingungslos geführt wurden, wie das in Großbritannien der Fall war. Von besonderer Bedeutung erwiesen sich dabei die oben genannten Integrationsbezüge. Als neutraler Begriff, vergleichbar seinem britischen Pendant, konnte sich *Konservatismus* in der politischen Sprache der Bundesrepublik nicht durchsetzen. Er blieb ambivalent, relativ frei flottierend und interpretationsoffen.

Als Grundbegriff der politischen Theorie und als historische Kategorie war – und ist – *Konservatismus* ein Begriff des wissenschaftlichen wie auch des öffentlichen Diskurses. Wie sehr sein Stellenwert und seine Funktion in intellektuellen Debatten differieren konnten, zeigt der deutsch-britische Vergleich anschaulich. Da der Konservatismusbegriff in Großbritannien so stark auf die Conservative Party bezogen wurde und jene ihr Deutungsmonopol energisch verteidigte, wurde der Begriff außerhalb des parteipolitischen Feldes kaum konturiert. Vielmehr verlebte sich die Partei den intellektuellen Diskurs insofern ein, als sie intellektuellen Begriffsbestimmungen innerhalb der Partei Raum gab und den Typ des Parteiintellektuellen kultivierte. Sowenig ihre Konservatismusinterpretationen sich ähnelten, den Philosophen Michael Oakeshott und den Politikwissenschaftler

¹ BAUMANNS und BERGSDORF, CDU im dritten Jahrzehnt, 1971, S. 8.

Noël O’Sullivan einte die Verweigerung gegenüber dieser Strategie. Sie blieben Einzelgänger unter den britischen Konservatismusinterpretanten nach 1945.

Dagegen führte die deutsche Situation einer relativen begrifflichen Offenheit dazu, dass sich eine weite, komplexe und über Jahrzehnte reichende intellektuelle Debatte um das Konservative entspann, in der Kontinuitäten und Diskontinuitäten deutscher Geschichte, die Liberalisierung der Bundesrepublik, die Aussichten der jungen Demokratie und nicht zuletzt das Verhältnis von Geist und Politik verhandelt wurden. In der Debatte über das Konservative erwogen die Intellektuellen die Chancen des bundesrepublikanischen Demokratieprojekts und reflektierten den Ort der jungen Republik im ‚Westen‘. Auch die geschichtswissenschaftliche Interpretation des deutschen Konservatismus fügte sich in diese Auseinandersetzung ein. Am Konservatismus schieden sich die Geister. Es war daher wenig verwunderlich, dass der Begriff in der politischen Polarisierung der 1970er Jahre eine entscheidende, aber zutiefst uneindeutige Rolle spielte.

Das hatte auch mit seiner Kopplung mit dem Begriff *rechts* zu tun, der in der politischen Sprache der Bundesrepublik antidemokratisch konnotiert war. Durch die Erfolge der NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre wurde sie aktualisiert und durch die Theoretiker der Neuen Rechten bestätigt. Umso wichtiger war es für die Union, sich in der *Mitte* zu situieren. Dagegen eigneten sich die Kritiker des Heathschen Kurses in der Conservative Party den Begriff *Right* selbstbewusst an, wenn auch Margaret Thatcher und Keith Joseph eher vorsichtig mit diesem Etikett umgingen. *Right* wurde dabei in einen Gegensatz sowohl zu *Left* wie auch zu *middle way* gebracht. Das war nur möglich, weil dem Begriff die antidemokratische Bedeutungsebene fehlte, die er in der Bundesrepublik besaß, und weil er in der politischen Sprache der Partei fest verankert war. Das führte aber auch dazu, dass die Vertreter einer *New Right* sich innerhalb der Conservative Party verorteten, mehr noch, sich als die Advokaten des ‚wahren‘ Konservatismus gerieren konnten und ihre Entwürfe programmatisches Gewicht erlangten. Zugleich aber wurden sie so gezähmt. Dabei verdeckte diese Zuschreibung die Heterogenität der Bewegung, die letztlich allein durch ihre Opposition zu Heath und dem linken Feindbild zusammengehalten wurde: von Vertretern eines an Hayek und Friedman orientierten Neoliberalismus, über christlich inspirierte Feldzügler gegen die *permissiveness* und Advokaten einer auf überlieferten Traditionen, Institutionen wie Hierarchien basierenden Gesellschaftsordnung bis hin zu Kämpfern für einen autoritären, imperialistischen und rassistischen Nationalismus reichte die Spannweite der Bewegung. Dementsprechend vielschichtig war der *Thatcherismus*, dem sie den Weg bereitete.

Dagegen grenzte sich die Union von dem Begriff *rechts* unmissverständlich ab. In der CDU geschah das sehr entschieden; die CSU kam ebenfalls nicht umhin, das zu tun, betonte allerdings, dass die Abgrenzung nach *rechts* eine gleichzeitige Abgrenzung nach *links* erforderte, berief sich also auf das Prinzip des Ausgleichs und situierte sich in einer solchen *Mitte*. Zugleich wollte sie *rechte* wie *linke* Positionen in der Volkspartei integrieren. Dennoch richtete die antidemokratische Kodierung des Begriffs *rechts* einen Wall gegen das Eindringen neurechten Denkens

in die Union auf. Die Formierung der Neuen Rechten an der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren als intellektuelle Bewegung abseits der Union war auch dem geschuldet. Sowohl in Großbritannien als auch in der Bundesrepublik differenzierten sich die politischen Sprachen des Konservativen seit Mitte der 1960er Jahre aus. Der Konservatismusbegriff erfüllte dabei eine jeweils unterschiedliche Funktion.

Die Vielschichtigkeit des Begriffs und seine Bedeutung in den Selbstverständigungsdebatten der bundesrepublikanischen Demokratie führten dazu, dass er selbst Gegenstand sprachpolitischer Auseinandersetzungen wurde. Seit 1945 gehörte der Hinweis, dass es sich um einen schwierigen und von deutscher Geschichte schwer beladenen Begriff handele, zu den selbstverständlichen Ingredienzien jeder Auseinandersetzung mit dem Konservativen. In den sprachpolitisch aufgeheizten 1970er Jahren wurde er zum Demonstrationsobjekt im ‚Kampf ums Heißen‘. Der deutsch-britische Vergleich zeigt anschaulich, dass die politische Thematisierung von Sprache ein Charakteristikum der politischen Kultur der Bundesrepublik war, in deren Hintergrund sowohl die historische Erfahrung mit der nationalsozialistischen Herrschaft als auch die gegenwärtige Erfahrung mit der DDR standen. Während die politische Sprachkritik in Westdeutschland seit 1945 etabliert war, besonders von Konservativen gepflegt wurde und schließlich in den 1970er Jahren ganz oben auf die politische Agenda rückte, wurde die sprachpolitische Karte in Großbritannien erst in diesem Jahrzehnt gezogen, ohne dass Thatcher mit ihrer Ausrufung des „war of words“ 1976 eine ähnliche Resonanz beschieden war wie Biedenkopfs Anklage linker Wortgebrauchspolitik drei Jahre zuvor. Nichtsdestotrotz standen hinter Thatchers Analyse exakt die gleichen sprachpolitischen Annahmen wie hinter der Begriffsoffensive der CDU: die Einschätzung, dass die Linke eine zielgerichtete Sprachstrategie verfolgte, um die Begriffe, auf denen die Demokratie ruhte, so zu manipulieren, dass der Sozialismus auf leisen Sohlen Einzug hielt; die Überzeugung, dass die Bedeutung der politischen Begriffe festgeschrieben und in ihrem Kern unveränderlich sei; und dass es die dringende Aufgabe der Parteien sei, die Begriffe zu hüten und damit die Demokratie zu verteidigen. Die Sprache wurde auch in Großbritannien zu einem Thema der politischen Auseinandersetzung gemacht; zugleich versuchten sich die Thatcherites an zielgerichteter Begriffspolitik. In beiden Fällen stützte die Sprachkritik das konservative Krisennarrativ, das wiederum der Neukodierung der politischen Sprachen des Konservativen Legitimation verschaffte. In beiden Fällen verstanden sich die Konservativen als Hüter der Begriffe der Demokratie.

Die britischen und deutschen Konservativen verband das unbestimmte Gefühl, der Sprache lustig zu gehen, die Deutungshoheit über die politischen Begriffe an die Linke zu verlieren. Ein solches sprachpolitisches Unbehagen wurde bereits seit den frühen 1960er Jahren artikuliert, wenn auch in der Bundesrepublik expliziter sprachkritisch als in Großbritannien. Die Thematisierung von Sprache in der Politik trug zur Entstehung der Diskurskoalition zwischen Intellektuellen und Parteien bei, die die 1970er Jahre in der Bundesrepublik kennzeichnete. Zusätzlich weitete sie den politischen Handlungsräum. Spätestens in den 1970er Jahren

war die politische Sprache in beiden Ländern reflexiv geworden. Die linke Sprachkritik, die sich in Großbritannien ebenso artikulierte wie in der Bundesrepublik, hatte diese Entwicklung im Verein mit der antithetischen Logik des Kalten Krieges vorangetrieben.

Dabei zeugte jedoch die konservative Sensibilität für die Sprache seit den frühen 1960er Jahren von einem tatsächlichen Sprachwandel, der einen wichtigen Teil des allgemeinen Wandels von Kultur und Gesellschaft in beiden Ländern bildete. Die Bundesrepublik wurde davon stärker und eruptiver erfasst als Großbritannien, da sich nach 1945 die Sprache der Demokratie im Laufe der 1950er Jahre erst festigen musste, die gar nicht umhin kam, als aus deutschen, mitunter auch antidemokratisch kodierten Begriffsbeständen zu schöpfen.² Am Ausgang der 1950er Jahre jedenfalls herrschte unter politischen Kommentatoren die Wahrnehmung vor, dass nichts mehr das bedeutete, was es einmal bedeutet hatte, und dass das Gegenwärtige kaum mehr auf den Begriff zu bringen war. Dies galt besonders für die politischen Richtungsbegriffe. Letztlich machten die Konservativen in beiden Ländern die Linke für den Sprachwandel verantwortlich, der tatsächlich viel tiefere Wurzeln hatte. In jedem Falle sorgte die Thematisierung von Sprache für eine Dynamisierung der programmatischen Neuaufbrüche seit den 1960er Jahren, die CDU und CSU genauso kennzeichneten wie die Conservative Party.

Überhaupt prägte sich die Konfrontation mit der Linken tief in die politischen Sprachen des Konservativen beider Länder ein. Auf beiden Seiten des Kanals war am Ende der 1960er Jahre der Eindruck entstanden, dass die Deutungsmuster der Linken eine solche öffentliche Dominanz erlangt hatten, dass es einer intellektuellen Gegeninitiative bedurfte. Während in Großbritannien sich diese wiederum in enger Verbindung mit Netzwerken in der Conservative Party formierte, entstand sie in der Bundesrepublik zunächst an den Universitäten, von wo aus ein diskursiver und bisweilen auch personalpolitischer Schulterschluss mit der Union erfolgte. Die politischen Sprachen des Konservativen wurden in Großbritannien früher und konsequenter antisozialistisch ausgerichtet, als das in der Bundesrepublik der Fall war, obwohl dort der Systemgegensatz im Kalten Krieg vor allem wegen der deutschen Teilung tiefe Wurzeln schlug. Die britische Konkurrenzdemokratie mit ihrem Zweiparteiensystem, das Regierung gegen Opposition stellte, trug zu einem Gutteil zur antithetischen Anlage politischer Debatten bei. Dagegen erforderte das deutsche Mehrparteiensystem der Konkordanzdemokratie nicht nur die Koalitionsfähigkeit der Parteien, sondern auch eine Abgrenzung nach mehreren Seiten hin. Als im Laufe der 1950er Jahre die Union die kleinen bürgerlichen Parteien aufsog, erwartete die politische Öffentlichkeit die Herausbildung eines Zweiparteiensystems nach angelsächsischem Muster – und deutete sie als eine weitere Ankunft der jungen Republik im ‚Westen‘. Allerdings konnte sich weder das Mehrheitswahlrecht durchsetzen, noch ging die FDP in der Union auf. Vielmehr etablierte sich seit der Wende von den 1950er zu den 1960er Jahren das

² Vgl. KILIAN, Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang.

charakteristische Dreiparteiensystem, das bis zum Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 die Bundespolitik prägen sollte.³ Durch die enge Bindung der FDP an die SPD seit 1969 verschoben sich jedoch die Gewichte, so dass die 1970er Jahre auch in der Bundesrepublik, ganz ähnlich wie in Großbritannien, von einer antithetischen Positionierung der Parteien der sozialliberalen Koalition auf der einen und der Unionsparteien auf der anderen Seite dominiert wurden. Die polarisierenden Effekte waren offensichtlich.

Die britischen Konservativen waren zwischen 1945 und 1951 und dann noch einmal zwischen 1964 und 1970 mit Labour-Regierungen konfrontiert, die in zwei entscheidenden Phasen, einmal während der Rekonstruktionsphase nach dem Krieg und einmal in der Hochphase ökonomischer Planungsideen, Weichen für die Zukunft des britischen Staats und der britischen Gesellschaft stellten. Darauf konzentrierte sich die innenpolitische Debatte in Großbritannien vor allem auf Fragen staatlicher Wirtschaftslenkung und wohlfahrtsstaatlichen Ausbaus. Die konservative Alternative, die entworfen wurde, fokussierte dementsprechend auf die Ökonomie und das Soziale, darum bestrebt, als tatsächliche freiheitliche Alternative wahrgenommen, ohne als unsozial gebrandmarkt zu werden. In der Bundesrepublik dagegen waren die Konservativen im Bund erst 1969 erstmals mit einer Koalitionsregierung aus SPD und FDP konfrontiert, in der die Sozialdemokraten klar den Takt vorgaben. Nach zwanzig Jahren Unionsdominanz saß der Schock tief, zumal sich die Brandt-Regierung als Vollenderin eines aufgehaltenen Demokratieprojekts präsentierte und das Beispiel Weimars, so oder so gedeutet, allenthalben vor Augen stand. Die konservative Alternative, die hier entworfen wurde, fokussierte auf die Zukunft der Demokratie.

Das war auch deshalb möglich, weil die soziale Marktwirtschaft sich als wirtschafts- und sozialpolitisches Erfolgsmodell erwiesen hatte und als Markenkern der Unionspolitik galt. Während die britische Wirtschaft in den 1970er Jahren mit heftigen Problemen kämpfte, kam die Bundesrepublik relativ unbeschadet durch Ölpreiskrise, Rezession und Strukturwandel. Ein solches wirtschaftspolitisches Konzept hatten die britischen Konservativen nicht vorzuweisen, vielmehr verlor das Modell des *middle way*, das auf Harold Macmillan zurückging und keynesianische Elemente der Wirtschaftspolitik mit einer auf staatlicher Organisation basierenden Wohlfahrtspolitik verband, rapide an Rückhalt. Die Kritik setzte nicht von ungefähr Mitte der 1960er Jahre ein, als die Konservativen auf die Oppositionsbänke verbannt waren und eine programmatische Erneuerung dringlich schien. Die Polarisierung der politischen Sprache, getragen von der Metapher des *great divide*, bevorzugte klare Antithesen. Die Konservativen hefteten sich die *Freiheit* ans Revers, und die starke Konzentration auf das Ökonomische sorgte dafür, dass der Freiheitsbegriff in erster Linie so gelesen wurde. Für den freien Markt wollten die Konservativen stehen, so ausdeutbar dieses Konzept auch war. In den Kreisen der Kritiker des vermittelnden Kurses der Parteiführung wurde das Soziale mit einem wohlfahrtsstaatlichen Ausbau assoziiert, der das Individu-

³ Vgl. HOCKERTS, Parteien in Bewegung.

um in Abhängigkeit von bürokratischen, nicht kontrollierbaren Großorganisationen bringen und individuelle Freiheit erstickten würde. Nicht in erster Linie staatlich, sondern zivilgesellschaftlich sollte das Soziale wirksam werden, getragen von einer öffentlichen Moral, die als Ausweis des nationalen Charakters galt. Der Wohlfahrtsstaat sollte für die nötigste Absicherung sorgen, ansonsten aber waren Eigeninitiative und zivilgesellschaftliche Selbstorganisation zu aktivieren.

Diese Neukodierung des Sozialen seit den mittleren 1960er Jahren, die in den Thatcherismus einging, war nur möglich, weil die christliche Verankerung konservativer Politik rapide an Bedeutung verloren hatte. Erst im Vergleich mit den Unionsparteien wird dies deutlich. Während in CDU und CSU das C trotz aufkommender Zweifel ob seiner Legitimität in einer Gesellschaft, in der Säkularisierungstendenzen offensichtlich waren, weiterhin hochgehalten wurde und als Integrationsbegriff diente, verlor sich der Bezug auf das Christentum ohne jegliches Aufsehen in der Conservative Party seit der Mitte der 1960er Jahre. Der Konservatismus, den Edward Heath, der strahlende Parteiführer der 1960er Jahre, propagierte, kam ohne christliche Begründung aus. Es ging um ökonomische Effizienz, Planung, Lebensqualität und die Freiheit des einzelnen. Während Iain Macleod, Richard Austen Butler oder Quintin Hogg das Konservative noch Ende der 1950er Jahre auf das Christliche gründeten, entbehrt der Heathsche Konservatismus einer solchen Legitimation. Das Soziale wurde aber im Konservatismus des *middle way* aus dem christlichen Gebot der Nächstenliebe hergeleitet. Als christliche Begründungszusammenhänge verloren gingen, blieb allein der Hinweis auf die paternalistische Tradition des Konservatismus übrig, um sozialpolitische Initiativen zu untermauern. Die Diskreditierung des Sozialen konnte nicht mehr aufgefangen werden. Dazu kam, dass sich die Kritiker der Parteiführung den an den Rand gedrängten Christentumsbegriff aneignen und in ihrem Sinne deuten konnten. Zwar griffen auch sie das soziale Gebot des Christlichen auf, individualisierten es allerdings radikal und passten es so in ihre semantischen Netze ein. Es war nur konsequent, wenn die Kritiker des Thatcherismus seit Mitte der 1970er Jahre die alternative Lesart des christlich begründeten Sozialen wieder zu profilieren suchten.⁴

Demgegenüber verlieh das C den semantischen Netzen der Unionsparteien Konstanz. Das Soziale wurde auch hier an das Christliche gebunden und diese Verknüpfung durch den gut organisierten christlich-sozialen Flügel in der Partei stets neu aktualisiert. Als Bestandteil des semantischen Netzes um die *soziale Marktwirtschaft* kam ihm ohnehin begriffliche Kraft zu. Allerdings griff das Christliche in der politischen Sprache von CDU und CSU um einiges weiter aus – wie das auch in der Conservative Party der 1950er Jahre der Fall gewesen war. Der Freiheitsbegriff sowie der Begriff des *Menschen* waren christlich kodiert und – vor allem in den katholischen Teilen der Union – zunächst in Opposition zu einer liberalen Lesart von *Freiheit* und dem *Individuum* gebracht worden. Im Zuge der 1960er Jahre und 1970er Jahre wurde das C in der Union schließlich ei-

⁴ Vgl. PATTEN, The Tory Case, 1983; WALKER, Trust the People, 1987.

nerseits liberalisiert und andererseits enttheologisiert, und dies erfasste auch die Begriffe seines semantischen Netzes. Der Antiliberalismus schliff sich so stark ab, dass die Union sich in den 1970er Jahren als *liberale Partei* präsentieren konnte. Ihre zentralen Begriffe lösten sich aus ihrem christlichen Begründungszusammenhang. Dazu kam, dass bereits in den 1950er Jahren konzediert wurde, dass das Christliche eine konservative Komponente aufweise: Die konservative Aufgabe der Christen in der Union wurde in der Bewahrung der *christlichen Werte* gesehen. Die Ordnung der Zeitdimensionen, die aus dem Christlichen hergeleitet wurde, erfasste nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Zukunft. Denn das Christliche, so wurde betont, verbiete jeglichen Utopismus. Stattdessen verbinde es Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft harmonisch miteinander. Die Akzentuierung des Christlichen im Sinne eines moralischen Vorratspeichers, gleichsam als Lieferant ewiger *Werte*, wurde im Zuge von Liberalisierung und Enttheologisierung entscheidend aufgewertet, so dass sie in den 1970er Jahren schließlich dominierte. Genau dasselbe lässt sich in der Conservative Party beobachten, in der eine christlich begründete Moralpolitik die gesellschaftliche Liberalisierung der späten 1950er und 1960er Jahre flankierte und eine wichtige Facette des Thatcherismus der 1970er Jahre darstellte. Der konservative Imperativ des Bewahrens des Guten zum Erhalt gesellschaftlicher Stabilität wurde in allen drei Parteien christlich untermauert.

Deren Programmatiken glichen sich in den 1970er Jahren einander ohnehin an und dies zumal im Laufe ihrer Reformdebatten. Sowohl CDU/CSU wie auch die Conservative Party positionierten sich gegen eine Linke, die unter Generalverdacht gestellt wurde, auf mehr oder weniger leisen Pfoten eine durchgreifende Sozialisierung voranzutreiben und so die Demokratie zielstrebig zu unterminieren. Auch in der Bundesrepublik sahen sich die Unionsparteien auf Bundesebene in einer dem britischen System vergleichbaren Zweier-Konstellation agieren. Dazu kam, dass sich der Zug zu einer Liberalisierung der politischen Sprachen des Konservativen in beiden Ländern verstärkte und durch die anti-linke Frontstellung noch einmal befördert wurde. *Freiheit, Demokratie, Markt, Individuum* bzw. *Mensch, Werte* bzw. *Moral* oder *Chancengleichheit* rückten in Schlüsselpositionen der semantischen Netze von Union wie Conservative Party, ganz ähnlich wie *Stabilität* bzw. *Sicherheit, Autorität* und *Recht und Ordnung*. Dementsprechend glichen sich die Gegenbegriffe. Denn in CDU/CSU wie in Conservative Party strukturierte das Prinzip der Gegensatzbildung die politischen Sprachen. Zudem hatten sich beide Parteien einem anti-utopischen Credo verschrieben, wie sie auch in der grundsätzlichen Ordnung der Zeithorizonte konform gingen. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sollten in einem Gleichgewicht gehalten werden; seit 1945 war diese Überzeugung eines der Fundamente, auf denen die Parteien gebaut waren. Dieses spezifische Strukturprinzip der Zeitlichkeit gehörte zur Morphologie ihrer politischen Sprachen. Das galt auch für das Strukturprinzip des Ausgleichs und der Synthese, das das Sprechen in den Unionsparteien und der Conservative Party gleichermaßen prägte. *Maß zu halten, für Ausgleich zu sorgen, sich in der Mitte zu positionieren* galt in allen drei Parteien als Ausweis

vernünftiger Haltung und beschrieb einen Politikstil der *Sachlichkeit* und *Nüchternheit*. Beides, sowohl die Ordnung der Zeithorizonte als auch das Prinzip des Ausgleichs und der Synthese, wurde hier wie dort als typisch *konservativ* beschrieben, konnte aber in CDU und CSU auch als Ausfluss einer christlichen Haltung gedeutet werden. Und nicht zuletzt sorgte das Strukturprinzip der Repetition und Aktualisierung für Stabilität und zugleich für Flexibilität im Begriffshaushalt der Parteien. Von jenen Intellektuellen, die sich um die Etablierung eines liberalen Konservatismusbegriffs in bundesrepublikanischer Politik wie politischer Theorie bemühten, wurden diese Strukturprinzipien hervorgehoben und nicht zuletzt unter Hinweis auf die britischen Konservativen mit der Sprache der Unionsparteien identifiziert. Allerdings charakterisierten diese Strukturprinzipien die politischen Sprachen der Conservative Party wie der Unionsparteien nicht erst in den 1970er Jahren, sondern seit 1945.

Dass besonders die Strukturprinzipien der Gegensatzbildung und des Ausgleichs miteinander in Konflikt standen, erklärt die Ambivalenzen und Spannungen in den politischen Sprachen des Konservativen. Sie konnten integrativ, aber auch spaltend wirken. Und sie konnten unterschiedlich gewichtet werden, was zur Flexibilität der politischen Sprache beitrug. Welchen Einfluss eine solche Verschiebung haben konnte, zeigt nichts besser als der deutsch-britische Vergleich. Die politische Sprache, die mit dem Konservatismus Edward Heaths verbunden wurde und die in Kontinuität zur politischen Sprache stand, die in der Conservative Party seit den 1950er Jahren gepflegt wurde, zeichnete sich sowohl durch das Strukturprinzip der Gegensatzbildung als auch des Ausgleichs aus. Sie war von Ambivalenzen durchzogen. Dazu kam, dass Heath einen großen Erwartungshorizont aufgebaut und die Zukunftsdimension der politischen Sprache mit dem Vokabular der *modernization* gefüllt hatte. Als sein Entwurf grandios scheiterte, die Partei sich in den Ambivalenzen ihrer politischen Sprache verstrickte und der Zukunftshorizont der *modernization* in sich zusammensackte, waren die Türen für eine Neukodierung ihrer politischen Sprache geöffnet, die die Gruppe um Thatcher konsequent anging. Das Narrativ einer nationalen Krise, das sie profilierte und auch auf die eigene Partei bezog, verschaffte ihr zusätzliche Legitimation. Im Zentrum dieser Neukodierung stand die Zurückdrängung und Verlagerung des Strukturprinzips des Ausgleichs, die gleichzeitige Aufwertung des Strukturprinzips der Gegensatzbildung und eine alternative Füllung des Zukunftshorizonts. Dies richtete die Begriffe in ihren semantischen Netzen neu aus, wobei hier lange Kontinuitätslinien aus dem Konservatismus der Nachkriegszeit zum Tragen kamen. In der Bundesrepublik hingegen, wo die Krise als universale Menschheitskrise gedeutet wurde und die Ordnung der Zeithorizonte in der politischen Sprache der Union geradezu bestätigte, hielt die CDU an dem Zusammenspiel der Strukturprinzipien des Ausgleichs und der Gegensatzbildung fest, auch weil die Ambivalenzen integrativ wirkten. Die CSU dagegen drängte auf eine Akzentuierung des Gegensatzprinzips, während das Ausgleichsprinzip in dem Sprechen über die *Mitte* zwar präsent blieb, aber neu kodiert wurde. Die politische Sprache der CSU unter Franz Josef Strauß ähnelte in einem hohen Maße der politischen

Sprache der Conservative Party unter der Oppositionsführerin Margaret Thatcher.⁵

Nimmt man die Energie, mit der die Auseinandersetzungen um das Konservative geführt wurden, als Beweis für dessen Vitalität, dann verfügte die Bundesrepublik über einen äußerst vitalen – intellektuellen wie parteipolitischen – demokratischen Konservatismus. Der war nur nicht so benennbar. Der Vergleich mit Großbritannien offenbart die Spezifika der politischen Sprache der Bonner Republik und ihre Wirkmächtigkeit. Zugleich lässt er die charakteristischen Konturen des britischen Konservatismus plastisch werden: Er erweist die Bedeutung des Konservatismusbegriffs für die Entwicklung der Conservative Party und die Prägekraft ihrer politischen Sprache. Nicht zuletzt öffnet er den Blick für die transnationale Dimension des Konservativen in Europa nach 1945. Sie ist es wert, genauer ergründet zu werden.

⁵ Die Parallelen zwischen Thatcher und Strauß betont auch GEPPERT, Thatchers konservative Revolution, S. 430–432.

